

Der Standort Brandenburg: Eine Alternative zur Auslandsverlagerung, insbesondere für höherwertige Investitionen

Standortstudie auf der Grundlage folgender Quellen:

- Deutscher Industrie- und Handelskammertag, Produktionsverlagerung als Element der Globalisierungsstrategie von Unternehmen, Mai 2003
- Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau, Auslandsproduktion und Produktionsverlagerung des deutschen Maschinen- und Anlagenbaus, April 2003
- Verband der Automobilindustrie, Zukunft des Automobil-Standortes Deutschland, 2002
- Fraunhofer Institut Systemtechnik und Innovationsforschung, Auslandsproduktion – Chance oder Risiko für den Produktionsstandort Deutschland, 2002
- Institut der deutschen Wirtschaft, Industrielle Arbeitskosten im internationalen Vergleich, August 2003
- Cap Gemini / Ernst & Young: Die Unternehmerfreundlichkeit der Bundesländer im Vergleich, 2002

sowie weiterer im Text vermerkter Quellen.

April 2004

ZukunftsAgentur Brandenburg GmbH

www.invest-in-brandenburg.com

Einleitung

Unternehmensbefragungen des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK), des Verbandes der Automobilindustrie (VDA) und des Verbandes der Maschinen- und Anlagenbauer (VDMA) machen deutlich, dass immer mehr deutsche Unternehmen Fertigungen ins Ausland verlagern oder einen solchen Schritt planen.

Nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ verändern sich die Auslandsverlagerungen: Bisher wurden vor allem arbeitsintensive Fertigungen verlagert. Inzwischen werden jedoch auch wissens- und forschungsintensive Bereiche und sogar Firmenzentrale ins Ausland verlegt.

Der Grund sind vor allem beabsichtigte Kosteneinsparungen. Ziel ist es, vornehmlich im Ausland zu gleicher Qualität zu produzieren bei angeblich deutlich geringeren Kosten.

Doch rechnen sich Auslandsverlagerungen bzw. Auslandsinvestitionen anstelle von Inlandsinvestitionen wirklich? Wie sind die Bedingungen im Vergleich zu Standorten wie Brandenburg im Osten Deutschlands?

Die vorliegende Standortstudie der Autoren Dr. Steffen Kammradt und Dr. Jürgen Pitlinski untersucht diese Fragen. Die Studie basiert auf Daten und Erkenntnissen namhafter deutscher Wirtschaftsforschungsinstitute, Branchenverbände und Institutionen.

Sie ist ein Angebot für Investoren, den Standort Brandenburg in einem präzisen Vergleich der Investitionsbedingungen vor allem für höherwertige Investitionen einzuordnen.

Potsdam, April 2004

Dr. Detlef Stronk

Vorsitzender der Geschäftsführung

Inhaltsverzeichnis

I. Auslandsverlagerung deutscher Unternehmen	4
1. Verlagerungsinteresse in der deutschen Industrie steigt deutlich	4
2. Gründe für die Auslandsverlagerung	5
3. Abwanderung vor allem aus Süd- und Westdeutschland	6
4. Verlagerung auch wissens- und kapitalintensiver Bereiche	6
II. Lohnt sich eine Auslandsverlagerung in jedem Fall ?	7
III. Eine innerdeutsche Alternative zur Auslandsverlagerung	8
IV. Vergleich wichtiger Investitionsfaktoren	9
1. Vergleich der Qualifikation und Verfügbarkeit der Arbeitskräfte	9
2. Vergleich der Arbeitszeiten und Streiktage	11
3. Arbeitskostenvergleich	14
4. Produktivitätsvergleich	16
5. Steuervergleich	18
6. Vergleich von Gewerbemieten und Grundstückskosten	21
7. Infrastruktur, F & E-Landschaft und Branchenkompetenz	23
8. Vergleich der Förderbedingungen	31
9. Sicherheit und Geschwindigkeit in Entscheidungsverfahren	36
10. Absatzmarkt und Lebensqualität	38
V. Zusammenfassung	41
VI. Quellenverzeichnis	43

I. Auslandsverlagerungen deutscher Unternehmen

1. Verlagerungsinteresse in der deutschen Industrie steigt deutlich

Der DIHK hat 7.000 deutsche Industrieunternehmen über Verlagerungsabsichten befragt. 24 Prozent der befragten Unternehmen beabsichtigen eine Auslandsverlagerung. Den höchsten Anteil an Verlagerungsabsichten verzeichnen das Bekleidungs-gewerbe (47%), Hersteller von Elektrogeräten (40%), der Kraftfahrzeugbau (36%) und die Elektrotechnik (34%).

Dabei neigen am stärksten große Unternehmen mit mehr als 1.000 Beschäftigten zur Auslandsverlagerung (34%). Aber auch im Mittelstand wird der Trend ins Ausland deutlich: mit 20 Prozent bei Unternehmen von 20 bis 199 Mitarbeitern und immerhin 16 Prozent bei Kleinunternehmen von 1 bis 19 Beschäftigten. Hauptzielregion ist neben den Staaten der EU vor allem Mittel- und Osteuropa (MOE) (DIHK, S. 1ff.).

Ein Gutachten des VDA in Zusammenarbeit mit dem Center of Automotive Research an der Fachhochschule Gelsenkirchen bestätigt dies auch für die Automobilzulieferindustrie. Die Gutachter stellen fest: „Die Standort-Neugründungen im Fertigungsbereich sind in den nächsten 10 Jahren überwiegend in Ost-Europa geplant.“

Während mittelfristig (bis 2006) 21,8 Prozent der in der VDA-Studie befragten 119 Automobil-Zulieferunternehmen Produktionen oder Erweiterungen in MOE planen, entfallen nur 15,8 Prozent auf Produktionen oder Erweiterungen in den westlichen Bundesländern und 7,3 Prozent in den neuen Bundesländern. In den langfristigen Planungen setzt sich dieser Trend weiter fort. (VDA, S. 34).

Am deutlichsten wird die Tendenz zur Auslandsverlagerung im Maschinen- und Anlagenbau. In den vergangenen drei Jahren haben bereits 24 Prozent der Maschinenbauunternehmen Produktionen ins Ausland verlagert.

Nach einer Umfrage des VDMA beabsichtigen nun 54 Prozent der befragten Unternehmen im Zeitraum bis 2005 ins Ausland zu verlagern oder dort zu Lasten innerdeutscher Standorte zu erweitern. 35 Prozent dieser Unternehmen produzieren dabei erstmals im Ausland. (VDMA, S. 5).

2. Gründe für die Auslandsverlagerung

Bei den Unternehmen des Maschinen- und Anlagenbaus wiegen Lohnnebenkosten und zu geringe Flexibilität am Arbeitsmarkt als Verlagerungsargumente besonders schwer. 90 Prozent der befragten Unternehmen benennen Personalnebenkosten als ein Motiv für den Wechsel ins Ausland, 79 Prozent die mangelnde Flexibilität am Arbeitsmarkt. 64 Prozent beklagen darüber hinaus die tariflichen Entgelte (VDMA, S. 6).

Das Bild in der Automobil-Zulieferindustrie ist ähnlich, hier steht jedoch für 66 Prozent der Unternehmen der Mangel an Fachkräften an erster Stelle (VDA, S. 21).

Bei den vom DIHK befragten Unternehmen sind Arbeitskosten und Steuern am Standort Deutschland die Hauptmotive für die beabsichtigten Verlagerungen von Fertigungen. 45 Prozent der Unternehmen nennen die Arbeitskosten als Hauptmotiv. Steuern und Abgaben sind mit 38 Prozent das zweitwichtigste Motiv. Für mittelständische Unternehmen ist dies sogar der wichtigste Grund (46%) über eine Abwanderung ins Ausland nachzudenken (DIHK, S. 6f.).

3. Abwanderung vor allem aus Süd- und Westdeutschland

Die Abwanderungstendenz ist in Deutschland regional sehr differenziert.

Mit 28 Prozent sind es vor allem Industrieunternehmen aus dem Süden Deutschlands, die eine Verlagerung planen.

Hoch ist auch der Anteil im Westen Deutschlands mit 24 Prozent. Hier beabsichtigen vor allem Unternehmen aus Nordrhein-Westfalen Fertigungen ins Ausland zu verlegen.

Der Norden Deutschlands liegt bei den Verlagerungsabsichten mit 21 Prozent an dritter Stelle.

Ost-Deutschland ist hingegen weniger betroffen. Hier geben nur 15 Prozent eine Verlagerungsabsicht an (DIHK, S. 3).

4. Verlagerung auch wissens- und kapitalintensiver Bereiche

Bislang galt die Auslandsverlagerung überwiegend für arbeitskostenintensive Fertigungen.

Das DIHK-Gutachten macht jedoch deutlich, dass nunmehr Unternehmen „auch die Verlagerung anderer, wissens- und kapitalbasierter Wertschöpfungsbereiche wie Verwaltung, Forschung und Entwicklung oder sogar Unternehmensführung in Betracht (ziehen)“ (DIHK, S. 1).

Damit erhält die Auslandsverlagerung eine neue Qualität, der sich der Standort Deutschland stellen muss.

II. Lohnt sich eine Auslandsverlagerung in jedem Fall ?

Ein wichtiger Indikator für die Frage ob und inwieweit sich Produktionsverlagerungen ins Ausland lohnen ist die Quote der Rückverlagerungen.

Nach einer Studie des Fraunhofer Instituts Systemtechnik und Innovationsforschung aus 2002 lag das Verhältnis von verlagernden Unternehmen zu Rückverlagerern 1997 noch bei 6,5 zu 1. Bis 1999 sank die Quote auf 4 zu 1. In 2002 hat sich das Verhältnis weiter deutlich auf nunmehr 3 zu 1 reduziert (Fraunhofer ISI 2002, S. 1, 9).

Die Quote der Rückverlagerungen hat sich damit innerhalb von 5 Jahren mehr als verdoppelt.

Besonders hoch ist die Quote der Rückverlagerungen bei großen Unternehmen mit 500 und mehr Beschäftigten. Hier kam in 2002 auf jede zweite Verlagerung eine Rückverlagerung (Fraunhofer ISI 2002, S. 9).

Eine Auslandsverlagerung lohnt sich also nicht in jedem Fall. Als wesentliche Gründe für erfolgte Rückverlagerungen werden ein potentieller Fachkräftemangel, mangelnde Flexibilität, eine bessere Kapazitätsauslastung im Inland, Qualitätsmängel und hohe Koordinationskosten genannt.

Eine aktuelle Studie des Fraunhofer Instituts vom März 2004 bestätigt die Zunahme an Rückverlagerungen am Beispiel der Automobilzulieferindustrie. Von 1999 bis 2001 hat sich die Rückverlagerungsquote bei Automobilzulieferern von 4,8 zu 1 auf 2,1 zu 1 mehr als verdoppelt. Auf jede zweite Auslandsverlagerung kommt eine Rückverlagerung. Fazit des Instituts: „Die insgesamt hohe Gewichtung kostenorientierter Motive für den Aufbau einer Auslandsproduktion ... (ist) mit einem nicht zu vernachlässigenden Risiko des Scheiterns verbunden“ (Fraunhofer ISI 2004, S. 8f.).

III. Eine innerdeutsche Alternative zur Auslandsverlagerung

Inwieweit sich Auslandsverlagerungen lohnen hatte die ZAB ZukunftsAgentur Brandenburg GmbH 2002 am Beispiel MOE in einer Studie zum „Vergleich der Investitionsbedingungen in Brandenburg – Polen – Tschechien“ geprüft.

Das Ergebnis der Studie zeigte: Für höherwertige Produktionen rechnen sich der Standort Brandenburg und Ostdeutschland insgesamt besser als die MOE-Staaten. Dieses Ergebnis gilt auch unter den veränderten Bedingungen des EU-Beitrittes dieser Staaten in allen wesentlichen Elementen fort:

- Fachkräfte sind gerade an attraktiven Standorten in MOE oft kaum noch verfügbar,
- das Qualifikationsniveau liegt trotz Anstrengungen in den MOE-Staaten insgesamt deutlich unter dem Niveau Ostdeutschlands,
- die vergleichsweise hohe Zahl an Streiktagen führt zu zusätzlichen Kosten,
- die tatsächlich von ausländischen Investoren gezahlten Löhne in MOE sind deutlich höher als die niedrigen statistischen Durchschnittslöhne,
- auch bei neuen, modernen Betrieben in MOE verbleibt eine Produktivitätsdifferenz von 20 Prozent gegenüber Ost-Deutschland,
- die oft noch schwach ausgebaute Verkehrsinfrastruktur führt zu einer weiteren Kostensteigerung,
- bei den Büromieten und Grundstückskosten hat MOE bereits gegenüber Ostdeutschland aufgeholt, ist teilweise sogar teurer,
- die Wirtschaftsförderung in Ostdeutschland bleibt trotz des EU-Beitrittes der MOE Staaten attraktiver als die Investitionsförderung in den MOE.

Gleiche Qualität bei geringeren Kosten ist somit auch innerhalb Deutschlands möglich. Im folgenden Kapitel wird geprüft, welche Alternativen Brandenburg für höherwertige Investitionen zur Auslandsverlagerung bietet.

IV. Vergleich wichtiger Investitionsfaktoren

1. Vergleich der Qualifikation und Verfügbarkeit der Arbeitskräfte

Der Mangel an Fachkräften steht bei den deutschen Automobil-Zulieferunternehmen an erster Stelle der Kritikpunkte am Standort Deutschland und ist eines der wichtigsten Motive für geplante Auslandsverlagerungen (VDA, S. 21).

Qualifikation der Arbeitnehmer

Im Durchschnitt weist Deutschland einen Anteil an hoch qualifizierten Arbeitnehmern (Universitäts-, Fachhochschul-, Fachschulabschluss) von 27 Prozent auf. In Brandenburg liegt der Anteil mit 31 Prozent deutlich höher.

Dies gilt auch im Vergleich zu Großbritannien (29 %), den Niederlanden (27 %) oder Frankreich (26 %). Brandenburgs Arbeitnehmer gehören damit zu den bestqualifizierten in ganz Europa (OECD 2002; LDS, Mikrozensus 2001).

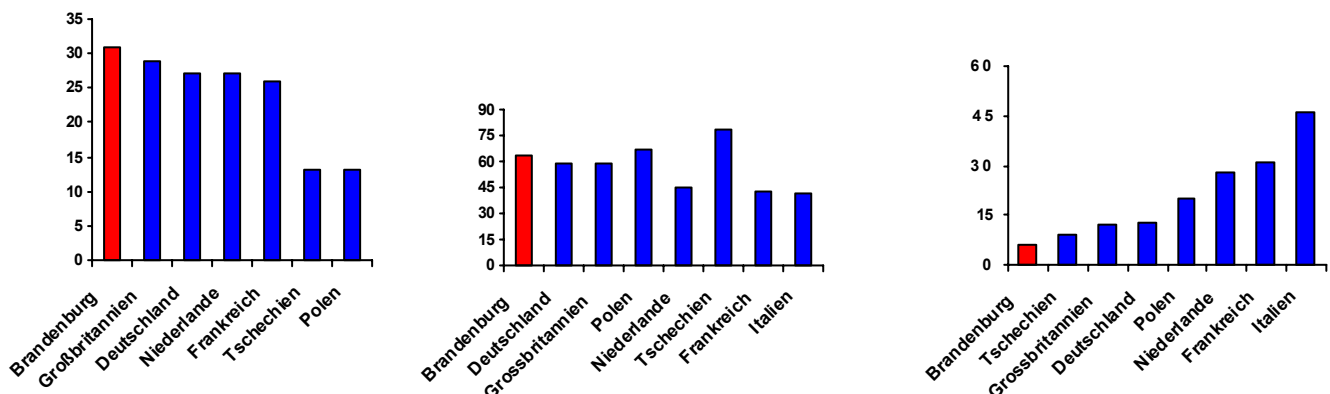
Noch größer ist der Abstand zu Tschechien (13%) und Polen (14%), trotz umfassender Schritte der polnischen Regierung für die Qualifizierung.

Chart 1: Qualifikation der Erwerbsbevölkerung im Vergleich (2001 in %)

tertiäre Abschlüsse

Sekundarabschlüsse

unterh. Sekundarabschl.



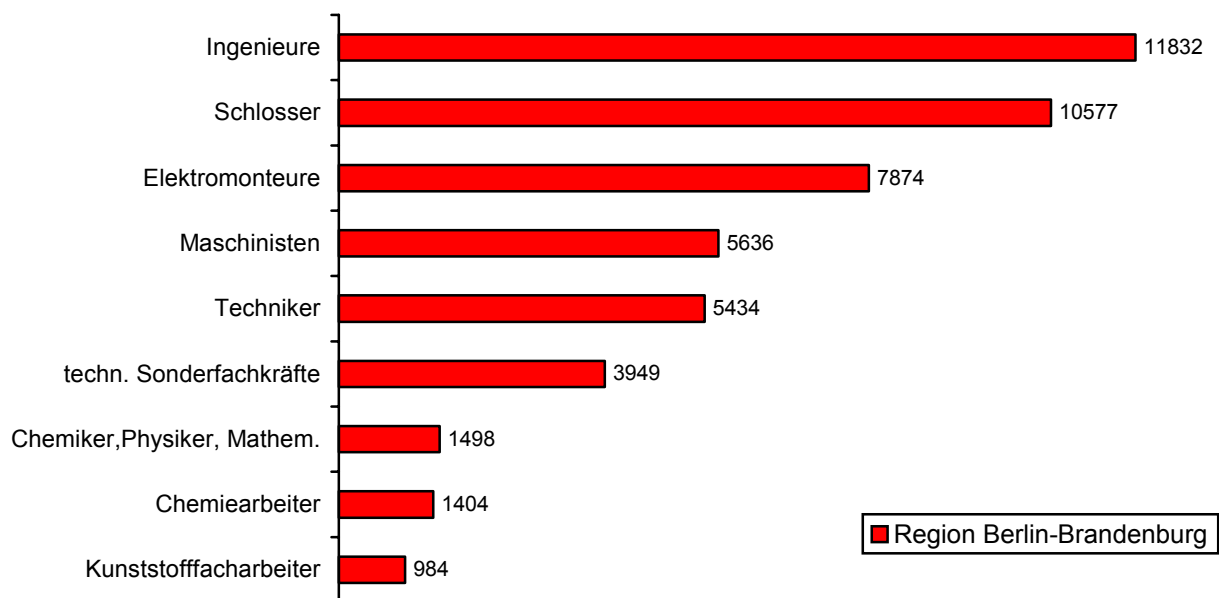
(Quelle: OECD, Education at a Glance, Out. 2002; LDS, Mikrozensus 2001)

Verfügbarkeit von Fachkräften

Für ein Unternehmen ist die tatsächliche Verfügbarkeit von Fachkräften entscheidend für die erfolgreiche Personalrekrutierung.

In Berlin-Brandenburg sind Fachkräfte in vielen Branchen verfügbar. Die folgende Grafik zeigt das vorhandene Fachkräftepotenzial in ausgewählten Berufsgruppen.

Chart 2: Verfügbarkeit von Fachkräften in ausgewählten Berufsgruppen in Berlin-Brandenburg (Dezember 2003)



(Quelle: Landesarbeitsamt Berlin-Brandenburg, Januar 2004)

In Berlin-Brandenburg finden Investoren die Arbeitskräfte, die sie brauchen. Dabei werden sie von der ZAB, der Regionaldirektion Berlin-Brandenburg der Bundesagentur für Arbeit und der Landesagentur für Struktur und Arbeit (LASA) unterstützt. Für spezielle Anforderungen werden unternehmensspezifische Qualifizierungspakete zusammengestellt.

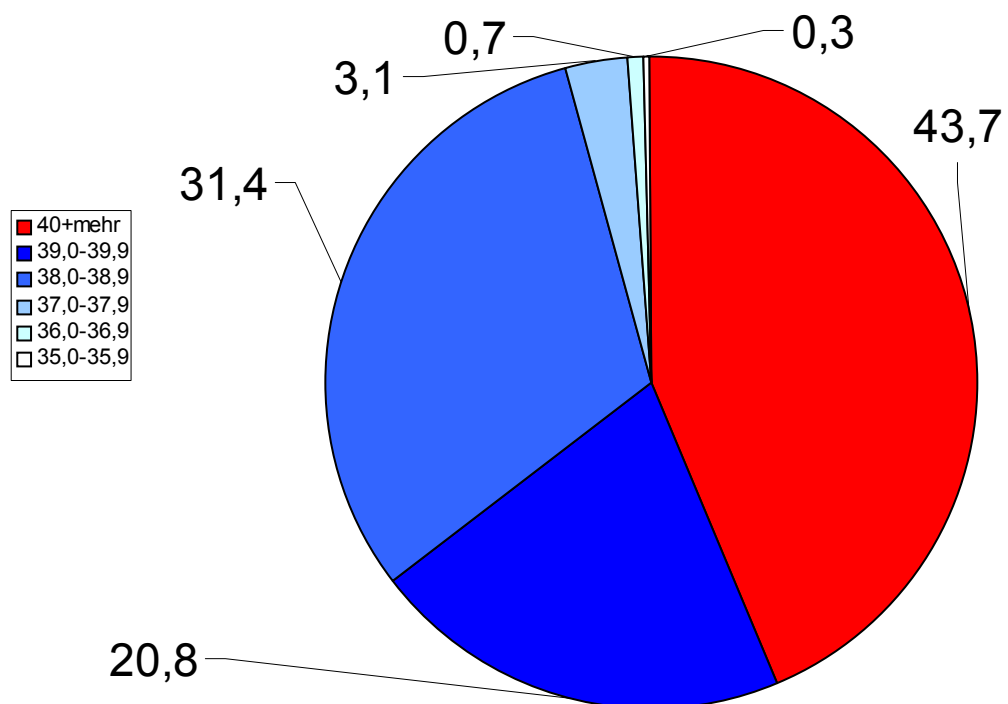
2. Vergleich der Arbeitszeiten und Streiktage

Viele verlagerungsinteressierte Unternehmen kritisieren die mangelnde Flexibilität am Arbeitsmarkt (VDMA, S. 6). Dazu zählen vor allem die Arbeitszeiten.

Die durchschnittliche tarifliche Wochenarbeitszeit im Produzierenden Gewerbe beträgt in den westlichen Bundesländern 35,7 Stunden. In Brandenburg liegt sie mit 38,3 Stunden deutlich höher (iwd Nr. 15, April 2003).

Aufgrund der geringen tariflichen Bindung in Brandenburg beträgt die tatsächliche Wochenarbeitszeit durchschnittlich 39,3 Stunden (Statistisches Jahrbuch für Deutschland 2003). 43,7 Prozent der ostdeutschen Arbeitnehmer haben sogar Wochenarbeitszeiten von 40 Stunden und mehr. (iwd Nr. 23, Juni 2003).

Chart 3: So lange wird in ostdeutschen Unternehmen gearbeitet
(Verteilung der Wochenarbeitszeit in %, 2002)



(Quelle: iwd Nr. 23, 5. Juni 2003)

Die Brandenburger Arbeitnehmer befürworten dies. Sie wissen um den Standortvorteil, den ihnen die längeren Arbeitszeiten bieten. Arbeitsplätze sind ihnen wichtiger als Arbeitszeiten.

Das wurde auch in der Auseinandersetzung 2003 um die 35-Stunden-Woche deutlich: Die meisten Brandenburger Arbeitnehmer waren gegen den Streik. Dieser Standortvorteil ist für die kommenden Jahre gesichert.

Im westeuropäischen Vergleich verzeichnen die westdeutschen Bundesländer zusammen mit Frankreich die kürzesten tariflichen Wochenarbeitszeiten. In allen anderen Ländern wird länger gearbeitet. Brandenburg befindet sich im guten Mittelfeld.

Die Brandenburger Arbeitszeiten sind länger als in Skandinavien (Dänemark, Schweden, Norwegen), den Niederlanden, Großbritannien, Belgien und Frankreich. Nahezu gleichauf liegen sie mit Spanien und Österreich. Länger gearbeitet wird nur in Italien, Portugal, der Schweiz und Irland (iwd Nr. 15, April 2003).

Die Arbeitszeiten in den MOE-Staaten liegen mit 40 bis 42 Wochenstunden im Vergleich zu Deutschland und Westeuropa zwar höher (ifo 2002, S. 39 ff.), hier ist jedoch die erheblich höhere Zahl an Streiktagen zu berücksichtigen.

Obwohl die Streikbereitschaft in Polen seit 1999 abgenommen hat, gingen in 2000 / 2001 noch immer insgesamt 107.700 Arbeitstage verloren (euro observer 6/03). Im Zeitraum 1993 – 2002 verzeichnete Polen jährlich 15 durch Streiks verlorene Arbeitstage je 1000 Beschäftigte.

Zum Vergleich: In Deutschland (gesamt) betrug die Zahl der verlorenen Arbeitstage im gleichen Zeitraum 5. Deutschland erreicht damit international ein gutes Ergebnis.

Im westeuropäischen Vergleich liegen die durch Streik verlorenen Tagen in den Niederlanden (18 Tage), Großbritannien (25 Tage), Frankreich (92 Tage) Irland (77 Tage), Italien (130 Tage), oder Spanien (252 Tage) (IW 2004) wesentlich höher als in Deutschland.

Die Streikhäufigkeit in Brandenburg liegt sogar noch weit niedriger als im gesamten Bundesgebiet. So waren beispielsweise in 2002 lediglich 34 Brandenburger Betriebe – das sind 3,6 % aller von Streiks betroffenen Betriebe in Deutschland – an Streikaktionen beteiligt (LDS, Oktober 2003).

Kontinuität der Produktion und Zuverlässigkeit der Lieferungen sind in Brandenburg unter diesem Aspekt deutlich sicherer als in vielen MOE-Staaten und in den meisten westlichen Industriestaaten.

3. Arbeitskostenvergleich

Die Arbeitskosten sind für deutsche Industrieunternehmen ein wesentlicher Grund für ihr Verlagerungsinteresse. Bietet ihnen das Ausland dabei die einzige Alternative zum Standort Deutschland?

Innerhalb Deutschlands besteht eine Arbeitskostenspreizung. Gegenüber den alten Bundesländern sind die Arbeitskosten in Ost-Deutschland nach neuesten Erhebungen des Instituts der Deutschen Wirtschaft (IW) um 37,6 % niedriger.

Während der Westen Deutschlands durchschnittliche Arbeitskosten* von 26,36 EUR aufweist, sind die Arbeitskosten in Brandenburg und Ost-Deutschlands mit 16,43 EUR deutlich günstiger (iw-trends, Aug. 2003, S. 4).

Fazit der Kölner Wirtschaftsforscher: Der Kostenvorteil der neuen Länder hat sich im Vergleich zur westdeutschen Industrie gegenüber früheren Berechnungen erhöht (iw-trends, Aug. 2003, S. 5). Damit, so konstatiert das IW, sei Ost-Deutschland ein interessanter Standort für Neuansiedlungen (iwd Nr. 34, Aug. 2003).

Dies gilt auch im internationalen Vergleich: Unter den westlichen Industriestaaten befindet sich West-Deutschland bei den Arbeitskosten im Spitzenbereich. Brandenburg und Ost-Deutschland liegen hingegen unter dem Kostenniveau vieler westlicher Industriestaaten wie z.B. den Niederlanden (22,64 EUR), den USA (22,44 EUR), Japan (20,18 EUR), Großbritannien (19,89 EUR), Frankreich (19,50 EUR) oder Italien (16,60 EUR) (iw-trends, Aug. 2003, S. 4).

Westliche Industriestaaten bieten somit zwar niedrigere Arbeitskosten als West-Deutschland, Ost-Deutschland rechnet sich jedoch noch besser.

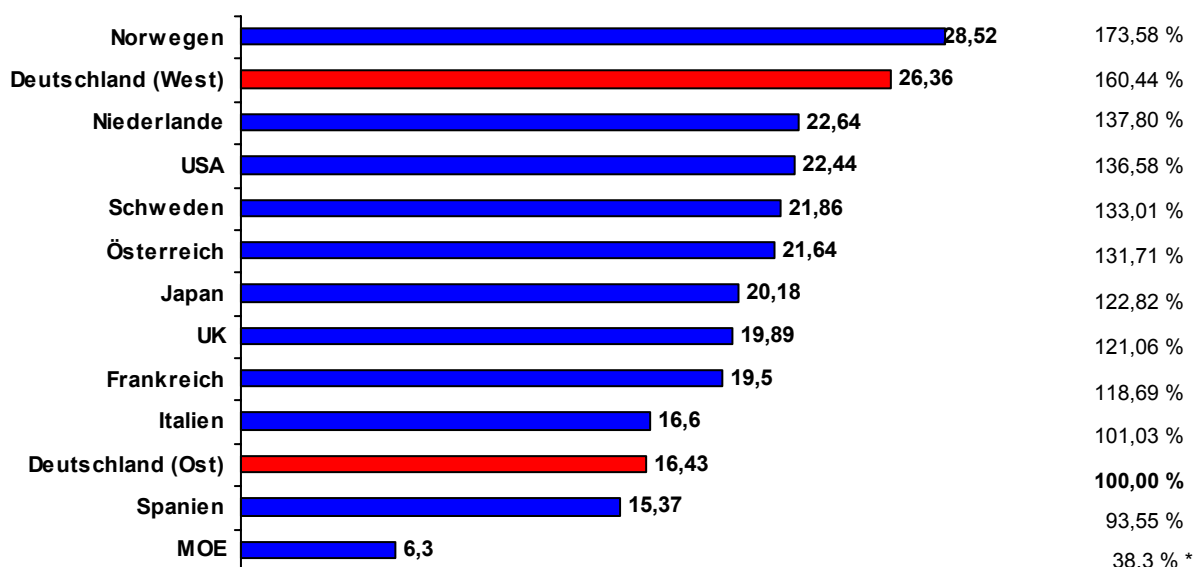
* (Stundenlohn + Personalzusatzkosten je Arbeitsstunde in der Verarbeitenden Industrie)

Statistisch betrachtet scheinen Polen und Tschechien über einen noch deutlicheren Kostenvorteil zu verfügen. Die Durchschnittslöhne in Polen und Tschechien liegen bei einem Drittel bis zu einem Viertel des durchschnittlichen Lohnniveaus in Ost-Deutschland (Ernst & Young 2003, Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche 2002; IMOIE 2002; Statistisches Bundesamt 2003).

Dieser statistische Wert beschreibt jedoch nicht die Realität für Investoren. Denn die realen Lohnkosten bei Tochterunternehmen ausländischer Unternehmen liegen in der Regel in beiden MOE-Staaten mehr als 50 Prozent, teilweise bis zu 75 Prozent höher als die der einheimischen Betriebe (ifo 2002, S. 22f., 30f.; Kienbaum 2002). Deshalb müssen die Lohnkosten angesiedelter Betriebe verglichen werden. Dann halbiert sich jedoch der Lohnkostenvorsprung der MOE-Staaten (ifo 2002, S. 23; eigene Berechnung).

Darüber hinaus weisen die beiden MOE-Staaten eine erhebliche Dynamik in der Lohnentwicklung auf. In Polen stiegen die Löhne von 1993 – 2001 um 200 %, in Tschechien um 153 %, in Brandenburg im gleichen Zeitraum hingegen nur um 24 % (Wiener Institut 2002, LDS 2002).

Chart 4: Arbeitskosten in ausgewählten OECD Ländern (durchschnittliche Arbeitskosten/Stunde im Verarbeitenden Gewerbe in EUR, 2002)



Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft, August 2003)

* Schätzung d. ZAB

4. Produktivitätsvergleich

Deutschland (gesamt) hat im Vergleich der westlichen Industriestaaten nach Norwegen das zweithöchste Lohnstückkostenniveau.

Im Durchschnitt liegen die Lohnstückkosten der wichtigsten westlichen Industrieländer um 16 Prozent unter dem gesamtdeutschen Niveau (iwd Nr. 40, Okt. 2003).

Aber auch bei den Lohnstückkosten gibt es deutliche Unterschiede zwischen den neuen und alten Bundesländern. Wie der 2. Fortschrittsbericht der wirtschaftswissenschaftlichen Institute konstatiert (S. 14), liegen die Lohnstückkosten im Verarbeitenden Gewerbe in Ostdeutschland inzwischen unter dem westdeutschen Niveau (Westdeutschland = 100; Ostdeutschland = 93).

Bisher wurde für Ost-Deutschland ein erheblicher Nachholbedarf in der Produktivität gegenüber den westlichen Bundesländern angenommen. Doch dies trifft nur im statistischen Durchschnitt aller ostdeutschen Betriebe zu.

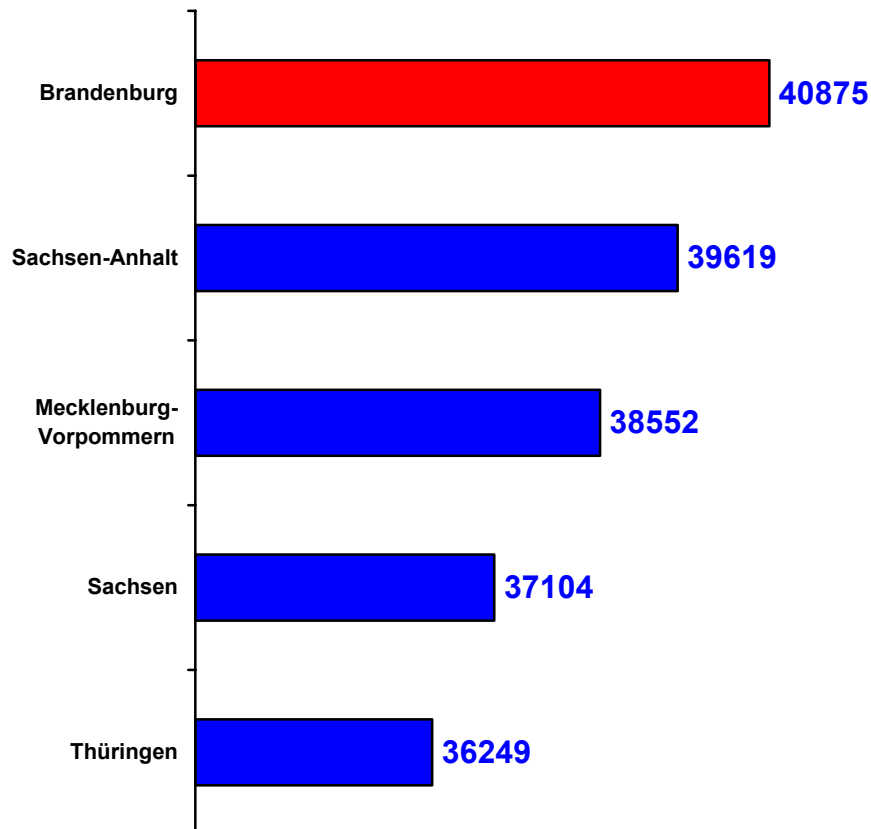
Die Produktivität großer Unternehmen in Ost-Deutschland liegt bereits über dem Niveau West-Deutschlands. Unternehmen mit 500 – 1.000 Beschäftigten erreichen eine Produktivität von 101,6 Prozent gegenüber vergleichbaren westdeutschen Betrieben, bei mehr als 1.000 Beschäftigten sogar von 103,4 Prozent (1. Fortschrittsbericht, S. 187).

Bei modernen, neu angesiedelten Unternehmen in Brandenburg sind uns interne Zahlenvergleiche mit einer Produktivität von über 120 Prozent gegenüber Standorten in den westlichen Bundesländern bekannt.

Brandenburg bietet damit vor allem in der modernen Industrie Produktivitätsvorteile.

Unter den ostdeutschen Bundesländern weist Brandenburg die höchste Arbeitsproduktivität auf.

Chart 5: Arbeitsproduktivität in den Neuen Bundesländern
(BIP je Erwerbstätigen)



(Quelle: Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg, 2003)

Im Vergleich zu Unternehmen, die sich in Mittel- und Osteuropa angesiedelt haben liegt die Produktivität von neu angesiedelten Unternehmen in Brandenburg und Ost-Deutschland im Durchschnitt um 20 % höher (ifo 2002, S. 22; 24; Kienbaum 2002).

5. Steuervergleich

Die vom DIHK befragten deutschen Unternehmen benennen Steuern und Abgaben als eines der wichtigsten Motive für eine Verlagerung (DIHK, S. 6f.). Im Folgenden werden Körperschaftssteuer, Dividendensteuer und Umsatzsteuer mit Westeuropa sowie den MOE-Staaten Polen und Tschechien verglichen.

Körperschaftsteuer

Bei der Körperschaftsteuer weist Deutschland mit 25 Prozent (Körperschaftsteuer (25%) + Solidaritätszuschlag = 26,4 %) einen vergleichsweise niedrigen Steuersatz auf.

Skandinavien (28 – 30%), Großbritannien (30%), die Niederlande (34,5%), Spanien (35%), Frankreich (35,4%), Italien (34%) und Belgien (34%) liegen im Vergleich deutlich höher. Lediglich Luxemburg (22,9%) und Irland (12,5%) haben in der EU-15 niedrigere Körperschaftsteuersätze (BMF 2003 S. 16).

Die aktuellen Sätze der Körperschaftsteuer in Polen und Tschechien belaufen sich auf 19% (Polen) und 31% (Tschechien), (Ernst & Young, 2003).

Dividendensteuer

Der Steuersatz der Dividendensteuer in Deutschland (21,1%) befindet sich im gesamteuropäischen Vergleich im Mittelfeld. Italien (27%), Dänemark (28%), Schweden (30%) und die Schweiz (35%) erheben einen höheren Steuersatz, gefolgt von Belgien, Frankreich, die Niederlande und Österreich (alle 25%). Danach folgen Luxemburg und Portugal (beide 20%) sowie Spanien (18%) (BMF 2003, S. 27).

In den meisten mittel- und osteuropäischen Staaten (u. a. Polen, Tschechien, Ungarn etc) beträgt die Dividendensteuer 15 Prozent (Ernst & Young, 2003) und befindet sich damit im unteren Mittelfeld der Steuersätze. Tiefere Dividendensteuersätze hat derzeit mit 10 % lediglich Lettland.

Umsatzsteuer

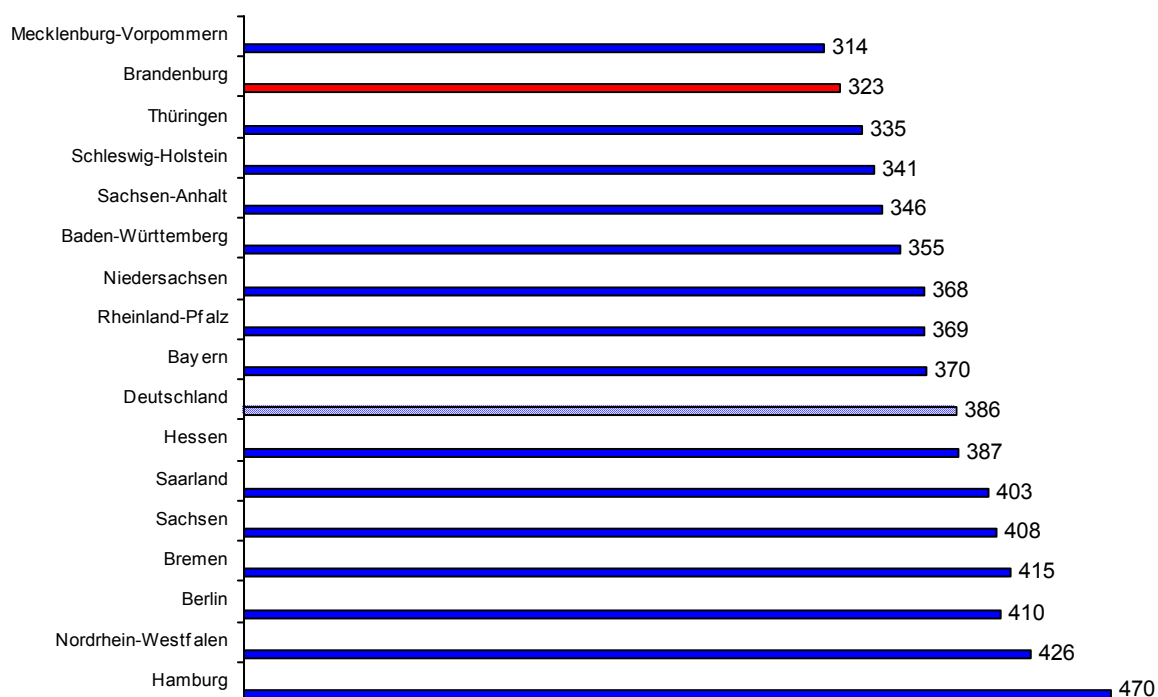
Die Höhe der Umsatzsteuer (Normalsätze) in Deutschland (16%) liegt im europäischen Vergleich im unteren Mittelfeld, gleichauf mit Spanien. Großbritannien (17,5%), Portugal (19%), Frankreich (19,6%) Österreich (20%), Belgien und Irland (beide 21%) sowie Dänemark und Schweden nehmen mit 25% die Spitzenposition ein. Günstiger als Deutschland sind nur Luxemburg (15%) und die Schweiz (7,6%) (BMF 2002, S. 34). Die Umsatzsteuer liegt in Polen und Tschechien (beide 22%) im oberen Mittelfeld (IMOE 2002; ifo 2002, S. 53).

Kommunale Besteuerung in Deutschland

Die dargestellten Steuersätze sind deutschlandweit einheitlich. In der kommunalen Besteuerung zeigen sich hingegen deutliche Unterschiede.

Während der Gewerbesteuerhebesatz in deutschlandweit durchschnittlich 386 Prozent beträgt, liegt er im Brandenburger Durchschnitt nur bei 323 Prozent.

Chart 6: Durchschnittliche Gewerbesteuerhebesätze im Vergleich



(Quelle: Statistisches Bundesamt, Juli 2003)

Ernst & Young haben in einer Studie den Standortfaktor „Steuern und Abgaben“ im Bundesländervergleich untersucht. Ergebnis: In Brandenburg zahlen Unternehmen weniger kommunale Steuern als in jedem anderen deutschen Bundesland. Nirgendwo sonst in Deutschland sind Gewerbe- und Grundsteuer so niedrig wie hier.

Damit erreicht Brandenburg den Spitzenplatz im bundesweiten Ranking der unternehmensfreundlichen Besteuerung.

Chart 7: Bundesländer-Ranking „Unternehmensfreundliche Besteuerung“

1.	Brandenburg	12.	Bayern
2.	Berlin	13.	Niedersachsen
3.	Thüringen	14.	Sachsen
4.	Schleswig-Holstein	15.	Hamburg
5.	Mecklenburg-Vorpommern	16.	Bremen
(...)			

(Quelle: Ernst & Young, Sept. 2002)

Gesamtsteuerbelastung

Bei Betrachtung der nominalen Gesamtsteuerbelastung von Unternehmen (Körperschaftsteuern, Gewerbeertragsteuern und vergleichbare andere Steuern des Zentralstaats und der Gebietskörperschaften) liegt Deutschland mit 38,7 Prozent an zweithöchster Stelle in Europa hinter Belgien (40,2%).

Alle anderen Staaten weisen eine niedrigere Gesamtsteuerbelastung auf. Im Mittelfeld befinden sich Italien (36%), Frankreich (35,4%), Spanien (35%), die Niederlande (34,5%), Österreich (34%) und Portugal (33%). Günstiger sind Luxemburg (30,4%), Großbritannien und Skandinavien (28 – 30%). Die niedrigste Gesamtsteuerbelastung verzeichnen die Schweiz (25%) und Irland (16%) (BMF 2002, S. 18).

Brandenburg liegt in diesem Vergleich wegen der niedrigen Kommunalsteuerbelastung im günstigen Mittelfeld

6. Vergleich von Gewerbemieten und Grundstückskosten

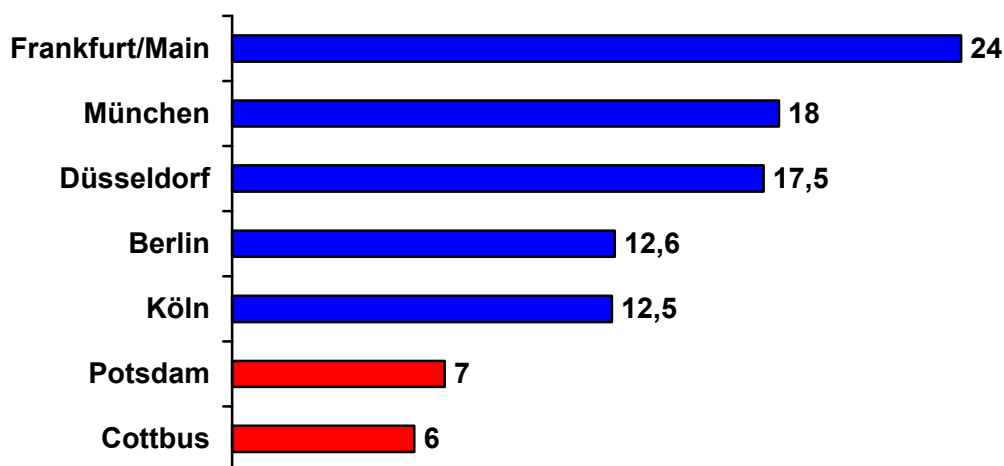
Unternehmen in den westlichen Bundesländern finden an ihren bisherigen Standorten teilweise keine geeigneten Erweiterungsflächen. Auch dies spielt bei den Überlegungen zur Produktionsverlagerung eine Rolle.

Brandenburg bietet eine Alternative mit mehr als 700 Gewerbe-, Industrie- und Bürostandorte in allen Lagen – ob in der Nähe zum Ballungsraum Berlin, zum Nachbarland Polen, zu den sächsischen Wirtschaftszentren oder in Richtung Nordeuropa. Brandenburg verfügt allein über 191 voll erschlossene Gewerbegebiete mit guter Verkehrsanbindung und günstigen Preisen.

Büromieten

Die Durchschnittsmieten für Büros in guter Innenstadtlage sind in westdeutschen Städten deutlich höher als in Brandenburg: Köln 12,50 EUR/m², Düsseldorf 17,50 EUR/m², München 18 EUR/m² und Frankfurt/M. 24 EUR/m². In guter Potsdamer Lage betragen Büromieten durchschnittlich 7 EUR/m² (max. 11 EUR/m²), in Brandenburgs regionalen Zentren wie Cottbus nur 4 – 6 EUR (ATIS Müller International, 2003; VDM 2002; eigene Berechnungen).

Chart 8: Vergleich Büromieten in guten Innenstadtlagen deutscher Städte (Durchschnittswerte, Nettokaltmiete/Monat in EUR, 2003)



(Quellen: ATIS Müller International, 2003; VDM 2002; eigene Berechnungen)

Die MOE-Staaten bieten bei ihren interessanten Standorten keine kostengünstigere Alternative. Die Mietpreise für Büroflächen sind in Polen und Tschechien in den vergangenen Jahren stark angestiegen und in den Spitzenlagen bereits mit westeuropäischen Großstädten vergleichbar.

Für Büroflächen in guter, zentraler Lage sind in Warschau 22 bis 30 EUR/m² marktgängig, in Prag 15 - 22 EUR/m². Büroflächen in Warschauer Außenbezirken werden zwischen 14 und 20 EUR/m² angeboten, in Prag zwischen 8 und 17 EUR/m² (Gazeta Wyborcza, 3.1.2003; Außenwirtschafts-News 01/2001; Apollo Real Estate Consultants 2001).

Grundstückskosten

Auch die Grundstückskosten im Westen Deutschlands liegen deutlich über den Vergleichswerten in Brandenburg und Ostdeutschland.

Bauland (Baureifes Land und Rohbauland) kostete in 2001 in Brandenburg mit 40,33 EUR/m² deutlich weniger als in Baden-Württemberg (117,32 EUR/m²), Bayern (94,00 EUR/m²), Hessen (85,71 EUR/m²) oder Nordrhein-Westfalen (77,90 EUR/m²) (Statistisches Bundesamt 2003; LDS 2003).

Auch bei den Grundstückskosten bieten die MOE-Staaten keinen Kostenvorteil. So beträgt der Preis für Bauland in einer tschechischen Kreisstadt 36,17 EUR/m², in Großstadt-Randlage 103,35 EUR/m². In Polen liegen die Preise in Stettin und Warschau mit 71 bzw. 59 EUR/m² im oberen Preissegment, in Poznan mit 29 EUR/m² und Krakow mit 22 EUR/m² niedriger (Bork & Partner 2002; Deutsch-Tschechische Industrie- und Handelskammer 2002; BfAI 2002; Polnische Vereinigung für Geodäsie / TWG 2002).

7. Infrastruktur, F & E-Landschaft und Branchenkompetenz

Neben Arbeitskosten, Steuern, Büromieten oder Grundstückskosten sind bei einer Produktionsverlagerung weitere Kostenfaktoren zu berücksichtigen. So hat z.B. der Standard der Verkehrs- und Kommunikationsinfrastruktur erheblichen Einfluss darauf, ob sich eine Produktionsverlagerung rechnet.

Verkehrsinfrastruktur

In Deutschland und Westeuropa besteht insgesamt ein hoher Standard in den Verkehrsinfrastruktur. In Ostdeutschland profitieren Unternehmen zusätzlich von den Modernisierungsmaßnahmen, die nach der deutschen Wiedervereinigung durchgeführt wurden. Dadurch besteht in weiten Teilen eine hohe Infrastrukturqualität, und das was gebaut wurde befindet sich auf dem neuesten Stand, was im den alten Bundesländern seltener der Fall ist (Institut der deutschen Wirtschaft, Jan. 2004).

In Brandenburg wurden seit 1991 insgesamt 11.000 Straßen- und 5.000 Schienenkilometer erneuert. Brandenburg verfügt über 790 Autobahnkilometer in alle Himmelsrichtungen und über ein ausgebautes Wasserstraßennetz (MSWV 2002). Ausbau und Modernisierung werden zügig fortgesetzt. Der Bundesverkehrswegeplan 2003 setzt weiter einen deutlichen Schwerpunkt in Ost-Deutschland (Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2003, Teil A, S. 30).

Telekommunikationsinfrastruktur

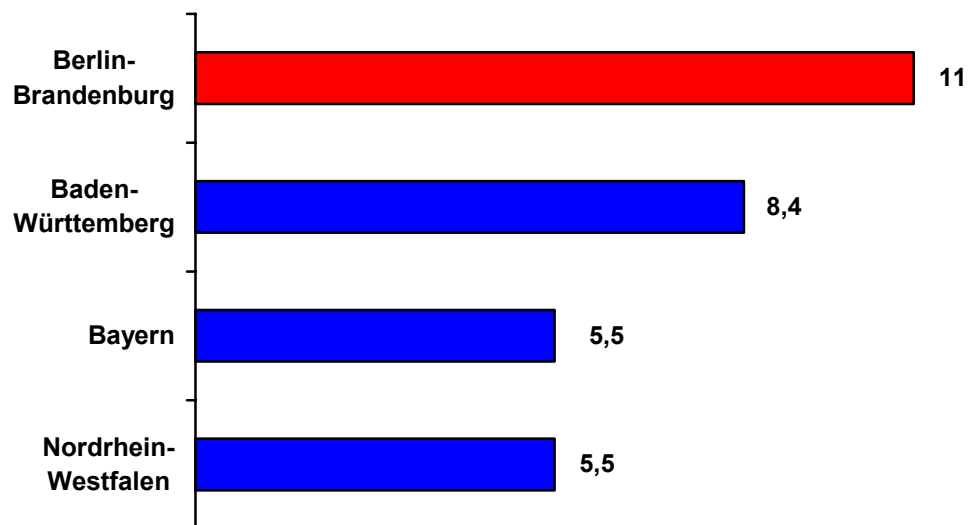
Brandenburg verfügt über ein neues, hochmodernes, zu 100 Prozent digitalisiertes Telekommunikationsnetz. Das ist ein deutlich höherer Digitalisierungsgrad als in Westeuropa und Osteuropa (IIC, OECD 1999).

Forschungs- und Entwicklungslandschaft

Wissens- und kapitalintensive Fertigungen bedürfen eines geeigneten Forschungs- und Entwicklungsumfeldes. Je höher die Forschungsdichte und je innovativer das Umfeld, desto geeigneter ist für sie der Standort.

Die Region Berlin-Brandenburg hat die höchste Forschungsdichte in Deutschland. 7 Universitäten, 21 Hoch- und Fachhochschulen, sowie rund 250 Forschungseinrichtungen, darunter 21 Institute der „Blauen Liste“ (WGL), 9 Fraunhofer Institute und 8 Max-Planck-Institute befinden sich in Deutschlands Hauptstadtregion. Wissenschaft und Forschung zählen zu den wichtigsten Stärken und Wachstumsfaktoren der Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg.

Chart 9: Vergleich der Forschungsdichte in ausgewählten Regionen (wissenschaftliche Einrichtungen pro 1 Mill. Einwohner)



(Quelle: BMBF, Faktenbericht Forschung 2002).

Die Region Berlin-Brandenburg hat eine lange und erfolgreiche Tradition als Wissenschaftsstandort. Allein 29 Nobelpreisträger waren zur Zeit ihrer nobelpreiswürdigen Entdeckungen Angehörige der Berliner Universität (11 Chemie, 10 Physik, 7 Medizin, 1 Literatur) *

vgl. auch: Dr. Jürgen Pittlinski; Bewertung der Wissenschaftslandschaft im Bereich Life Science in der Region Berlin-Brandenburg, ZAB, Okt. 2003

In vielen wissenschaftlichen Disziplinen werden auch heute internationale Spitzenleistungen erbracht. Dazu gehören vor allem Life Sciences (Biotechnologie, Medizin und Medizintechnik sowie Pharmazie), Verkehrstechnik, ausgewählte Gebiete der Natur- und Ingenieurwissenschaften (Mathematik, Chemie, Physik), Geowissenschaften, Softwaretechnik, Mikrosystem- und Lasertechnik sowie ausgewählte Disziplinen der Geistes- und Sozialwissenschaften (Anglistik, Jura, Psychologie).

Für viele Branchen finden sich passende, spezialisierte Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen sowie eine Vielzahl von hochinnovativen Unternehmen als Kooperationspartner. Darüber hinaus stehen durch die Universitäten und Hochschulen ausreichend Nachwuchs-Fachkräfte in nahezu allen Fachrichtungen bereit.

Innovative industrielle Cluster und Branchenkompetenzen in Brandenburg

Eine für Investoren attraktive Innovationskultur kann sich nur dort effektiv entfalten, wo neben Universitäten und Forschungseinrichtungen auch innovative industrielle Cluster entstanden sind und sich weiter ausprägen. Solche Cluster sind gekennzeichnet durch

- eine ausreichende Anzahl innovativer Unternehmen,
- Netzwerke zwischen Wissenschaft und Wirtschaft sowie zwischen den Wissenschaftseinrichtungen und nicht zuletzt durch
- bauliche Infrastrukturen in Form von Technologie- und Gründerzentren.

In Berlin-Brandenburg haben sich eine ganze Reihe solcher innovativen Cluster und Branchenkompetenzen herausgebildet z.B.: „Life Sciences“, „Automotive“, „Luftfahrttechnik“, „Medien/IuK“, „Mikrotechnologien“, und „Dienstleistungen/Logistik“ sowie die chemische- und pharmazeutische Industrie.

Darüber hinaus verfügt Berlin-Brandenburg über besondere Kompetenzen in den Bereichen Ernährung, der Holz- und Papierindustrie sowie der Energie- und Umweltwirtschaft.

Life Sciences:

Das Life Sciences Cluster umfasst rund 600 Unternehmen und insgesamt etwa 8.000 Mitarbeitern im industriellen Bereich sowie mehr als 7.000 Mitarbeitern in Forschungseinrichtungen. Es gehört damit zu den in Deutschland führenden industriellen Clustern.

Jährlich verlassen etwa 3.000 Absolventen die Universitäten und Fachhochschulen der Region in Life Science relevanten Studienrichtungen. Mehrere Kompetenznetze fördern den wissenschaftlichen Austausch sowie die Kooperation der beteiligten industriellen und wissenschaftlichen Partner.

Industry / Automotive:

In der Hauptstadtregion befinden sich rund 400 Unternehmen der Verkehrstechnik mit etwa 80.000 Beschäftigten. Mehr als 100 Zulieferfirmen für die Automobilindustrie sind hier tätig. Zum Cluster zählen darüber hinaus ca. 100 Forschungseinrichtungen mit mehr als 2.000 Mitarbeitern. Im „Forschungs- und Anwendungsverbund Verkehrssystemtechnik“ (FAV) haben sich wissenschaftliche Einrichtungen und industrielle Partner zu einem Kompetenznetz zusammengeschlossen.

Luftfahrttechnik:

Die Luft- und Raumfahrttechnik bestimmt ganz wesentlich das Wirtschaftswachstum in der Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg. Nahezu 14 % des gesamten Brandenburger Exportes entfällt auf Erzeugnisse der Luftfahrtindustrie.

Mehr als 150 Unternehmen und Institutionen aus dem Luftfahrtbereich mit rund 3.500 Spezialisten sind in der Region ansässig. Zählt man die Mitarbeiter der Luftfahrtgesellschaften, Bodenpersonal und weitere Dienstleister hinzu, sind in der Hauptstadtregion rund 15.000 Menschen im Bereich der Luft- und Raumfahrt tätig.

Mit der „Berlin-Brandenburg Aerospace Alliance“ (BBAA), dem „Kompetenzzentrum für Luftfahrttechnologien“ sowie der „Luftfahrttechnik Schönefelder Kreuz“ haben sich in der Region wirkungsvolle Netzwerke herausgebildet. Eine der 3 internationalen Leitmessen der Luftfahrt – die ILA - wird alle 2 Jahre in der Hauptstadtregion durchgeführt.

Medien / IuK:

In der Hauptstadtregion hat sich dieser industrielle Cluster zu einem in Deutschland führenden Wirtschaftssektor entwickelt. Im Medien-, Informations- und Kommunikationscluster der Hauptstadtregion sind mehr als 9.000 Unternehmen mit rund 120.000 Mitarbeitern tätig. Der Umsatz in diesem Bereich beläuft sich schätzungsweise auf 11 Mrd. EUR.

Regionaler Schwerpunkt des Medien/IuK-Clusters der Region ist die Medienstadt Babelsberg. Die Studios zählen zu den ersten Adressen in der Medienwelt. Durch zahlreiche andere Ausbildungsstätten wie die Filmhochschule, die Universität der Künste und das Hasso Plattner-Institut verfügt die Region über qualifizierten Nachwuchs.

Mikrotechnologien:

Mikrotechnologien Sie beeinflussen maßgeblich die Entwicklung zahlreicher industrieller Branchen. Dieser in der Hauptstadtregion noch weiter entwicklungsfähige Cluster profitiert vor allem von den Hochschul- und Forschungseinrichtungen der Region.

Drei spezifische Kompetenznetze widmen sich der Weiterentwicklung und Kooperationsförderung in diesem wichtigen Feld. Insgesamt sind in diesem Bereich in der Region mehr als 400 Unternehmen mit rund 14.000 Mitarbeitern tätig.

Dienstleistungen/Logistik:

Die zentrale Lage der Hauptstadtregion in Europa, die Nähe zu den Wachstumsmärkten in Mittel- und Osteuropa sowie eine sehr gute Verkehrs- und Kommunikationsinfrastruktur sind der Grund dafür, dass sich mittlerweile fast 100 Logistikfirmen mit rund 6.400 Beschäftigten in der Region angesiedelt haben.

Hinzu kommen attraktive Förderbedingungen bis zu 50 % für Investitionen in der Logistikbranche (für KMU, abhängig vom jeweiligen Standort) und 5 ausgebauten spezielle Logistikstandorte im Berliner Umland sowie an der Grenze zu Polen.

Chemische- und pharmazeutische Industrie:

Über spezielle Kompetenzen verfügt das Land Brandenburg auch in der chemischen Industrie. Mit etwa 5.000 Beschäftigten und einem Jahresumsatz von insgesamt etwa 1,3 Mrd. EUR gehört die chemische Industrie zu den dynamischen Industriezweigen in Brandenburg.

Besondere Dynamik innerhalb der Chemie entwickelte die pharmazeutische Industrie. Mit über 8% ist die pharmazeutische Industrie am Gesamtexport Brandenburgs beteiligt, ein klares Zeichen für die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen.

Nicht weniger als 5 chemische Cluster sind im Land Brandenburg verteilt. In diesen Zentren hat sich eine Vielzahl von Unternehmen angesiedelt und profitiert von engen Kooperationsbeziehungen. Auch auf dem Gebiet der Forschung ist die Region in diesem Bereich gut aufgestellt. In Universitäten, Fachhochschulen, und außeruniversitären Forschungseinrichtungen der Region werden sowohl Grundlagen als auch angewandte Forschung im chemischen Bereich durchgeführt. Chemieverbände, Netzwerke und erfahrene Chemiestandortmanager unterstützen die in den Standorten tätigen Unternehmen.

Über industrielle und wissenschaftliche Kompetenzen verfügt Brandenburg jedoch nicht nur in den innovativen industriellen Bereichen; sondern auch in so genannten „traditionellen Bereichen“.

Dazu zählt z. B. die **Ernährungsindustrie**. Sie ist der umsatzstärkste Industriezweig innerhalb der Verarbeitenden Gewerbes (ca. 15%; 2,5 Mrd. EUR Umsatz, 10.700 Beschäftigte). Die Nähe zu den mehr als 250 Millionen Verbrauchern in den neuen EU-Ländern in Mittel- und Osteuropa versprechen gute Absatzchancen für Unternehmen dieser Branche.

Zahlreiche Unternehmen der so genannten grünen Biotechnologie und renommierte Forschungseinrichtungen verdeutlicht die Innovationskraft auch in dieser traditionellen Branche.

Die **Holzindustrie** Brandenburgs profitiert davon, dass das Land zu den waldreichsten Gebieten Deutschlands gehört. Sie beschäftigt in ca. 50 größeren Betrieben mehr als 3.000 Beschäftigte und erwirtschaftet einen Umsatz von über 800 Mill. EUR.

Weitere Informationen zu interessanten Branchen und Clustern in Brandenburg, wie die metallverarbeitende und Stahlindustrie sowie die Energie- und Umweltwirtschaft, sind im Internet zu finden unter

www.zab-brandenburg.de.

Innovationsklima als Standortfaktor

Die dargestellten innovativen industriellen Cluster in Berlin-Brandenburg zeigen, dass die Umsetzung von wissenschaftlichen Erkenntnissen und Forschungsergebnissen in praktische wirtschaftliche Tätigkeit nicht nur wirtschaftspolitischer Schwerpunkt, sondern auch gelebte Realität sind.

Innovationstätigkeit wird in Brandenburg in vielfältiger Weise gefördert. Der Erfolg dieser Politik zeigt sich u. a. daran, dass in den innovativen Unternehmen, die eine Technologieförderung der Landes in Anspruch genommen haben die Beschäftigung 1999 - 2001 um 12% zunahm (Euronorm, 2003).

Innovation schafft Arbeitsplätze. So sind beispielsweise in den 21 Technologie- und Gründerzentren Brandenburgs inzwischen ca. 550 innovative Unternehmen tätig, die mehr als 3.000 Arbeitsplätze geschaffen haben. Zusammen mit Berlin verfügt die Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg sind insgesamt über 43 Technologie- und Gründerzentren. In keiner anderen deutschen Region sind derart viele solcher Zentren konzentriert. 8 der Technologieparks haben sich auf den Life Science Bereich spezialisiert.

Dank der konsequenten Technologieförderung Brandenburgs kann davon ausgegangen werden, dass gegenwärtig ca. 1.200 innovative Unternehmen in Brandenburg tätig sind. Nach Einschätzung der ZAB ZukunftsAgentur Brandenburg können dabei 50 – 100 Unternehmen als Spitzenunternehmen in ihrem Segment betrachtet werden.

Insgesamt ist die Region Berlin-Brandenburg für eine effektive Innovationstätigkeit gut aufgestellt. Nach Angaben des Bundesministeriums für Forschung (2001/2002) sind in der Region allein im Bereich der Wirtschaft ca. 16.000 Wissenschaftler tätig. Hinzu kommen rund 22.000 Wissenschaftler an den Universitäten und Hochschulen sowie ca. 12.000 in außeruniversitären Forschungseinrichtungen. Mit jährlich etwa 5.300 Hoch- und Fachhochschulabsolventen in den Natur- und Ingenieurwissenschaften (ohne Medizin) steht den Unternehmen in der Region ausgezeichnet ausgebildetes Fachpersonal zur Verfügung.

Die Innovationsanstrengungen Brandenburgs werden von unabhängigen Forschungsinstitutionen gewürdigt. Die Prognos AG zählt Brandenburg zu den Aufsteigerländern in Deutschland in der Innovationskraft (Prognos 2002, S. 6, 39). Die Brandenburger Region Havelland-Fläming wird von Prognos als Nr. 2 in Deutschland sogar zu den „High Performern“ gezählt, bei denen „wirtschaftlicher Erfolg und technologische Kapazität in einem überproportionalen Verhältnis (stehen)“ (Prognos 2002.S 7,16).

8. Vergleich der Förderbedingungen

Bei Produktionsverlagerungen bzw. Investitionen außerhalb der Region des Stammbetriebes sind die unterschiedlichen Förderbedingungen in den Zielregionen zu berücksichtigen.

Die Rahmenbedingungen für die Investitionsförderung im EU-Raum sind für alle Mitgliedsstaaten einheitlich. Unterschiede ergeben sich aus der Festlegung der Fördergebiete in den EU-Mitgliedsstaaten.

Die für Investoren attraktivste Förderung wird in den EU-Förderregionen gewährt. Dabei erfolgen Abstufungen im Umfang der Förderung nach Ziel-1-Gebieten (Höchstförderung) und Ziel-2-Gebiete. Die gegenwärtige regionale Verteilung der EU-Fördergebiete wird bis zum 31.12.2006 gültig bleiben. Ab 2007 wird eine neue „Förderlandkarte“ die regionale Verteilung der Förderregionen bestimmen. Im 3. Kohäsionsbericht der Europäischen Kommission (Febr. 2004) sind dazu entsprechende Vorschläge niedergelegt. Dabei zeigt es sich, dass die MOE unter die Ziel-1 Förderung fallen werden.

Förderung in Brandenburg

Als Ziel-1-Gebiet der EU bietet Brandenburg die besten Förderbedingungen Europas. Investitionen können durch Zuschüsse und Zulagen mit bis zu 35 Prozent für Großunternehmen und bis zu 50 Prozent für kleine und mittlere Unternehmen unterstützt werden (BMWA Förderdatenbank 2003).

Die Einordnung Brandenburgs – und der anderen neuen Bundesländer - in die Ziel-Förderung ab 2007 ist noch nicht abschließend geklärt. Die EU-Kommission hat jedoch bereits deutlich gemacht, dass der Osten Deutschlands auch ab 2007 weiterhin eine attraktive Förderkulisse erhalten wird. Das bedeutet: Die Förderbedingungen sind für Brandenburg bis 2006 auf derzeitigem Stand gesichert und bleiben auch danach hochattraktiv.

Förderung in den westlichen Bundesländern und anderen EU-Ländern

Brandenburg und Ostdeutschland sind derzeit die einzigen Regionen im Herzen Zentraleuropas, die Förderungen nach Ziel-1 Bedingungen bieten. Ziel-1-Förderung wird außerhalb Ostdeutschlands nur in entfernteren Regionen Europas gewährt.

In den westlichen Bundesländer und den angrenzenden EU-Ländern wird lediglich in einzelnen Regionen als Ziel-2-Gebieten der EU eine Investitionsförderung von maximal 18 Prozent für Großunternehmen und 28 Prozent für kleine und mittlere Unternehmen gewährt (BMWA Förderdatenbank 2003).

Förderung in MOE

Der Beitritt Polens und Tschechiens zur EU am 1. Mai 2004 führt für diese Länder zu notwendigen Änderungen der Förderprogramme. Im Rahmen der Vorbereitung auf den EU-Beitritt haben sie daher verschiedene gesetzliche Regelungen erlassen, die den notwendigen Anpassungsprozess an die vorhandenen EU-Regelungen reflektieren. Dabei spielte die Konformität der Investitionsförderung mit dem Beihilferecht der EU eine bedeutende Rolle.

Entsprechend den Festlegungen der EU-Kommission werden die meisten der Regionen in den Beitrittskandidatenländern schon in der laufenden Förderperiode ab dem Tag ihres Beitrittes bis zum 31.12. 2006 in das Ziel-1 Fördergebiet fallen (BIP KKK < 75 % des Gemeinschaftsdurchschnittes) und damit entsprechende Fördermittel in Anspruch nehmen können. Das gilt jedoch nur wenn bis dahin die in der Strukturfonds- und Kohäsionsfondsverordnung festgelegten Bedingungen bis zum Beitritt durch die Länder realisiert worden sind (Mitteilung der Europäischen Kommission vom 16.07.2003) und die Kofinanzierung durch die Länder gewährleistet werden kann.

Die Investitionsförderung in **Polen** wird grundsätzlich durch das „Gesetz über finanzielle Förderung von Investitionen vom 20.März 2002 in aktueller Fassung geregelt. Sie wird – bei Vorhandensein definierter Bedingungen, wie Investitionsmindestwert, Mindestanzahl von Arbeitskräften etc. - in Form von

Zuwendungen, Vergünstigungen und Steuererleichterungen gewährt, wobei die Höchstförderung sich an den EU-Regelungen von 50 % orientiert.

Maßgeblicher wird Investitionsförderung über Steuerpräferenzen, (u.a. Befreiung von der Körperschaftssteuer), die in den per Dekret eingerichteten, regional begrenzten 14 Sonderwirtschaftszonen gewährt werden, umgesetzt. Die damit zusammenhängenden Regelungen gelten inzwischen, nach regierungs-offiziellen Vereinbarungen mit der EUKomm, bis 2017.

Grundlage der Investitionsförderung in **Tschechien** ist das „Gesetz über Investitionsanreize Nr. 72/2000 Slg., ebenfalls in der aktuelle Fassung. Eindeutige Hauptform der Investitionsanreize sind Steuerermäßigungen, die bei der Körperschafts- und Einkommensteuer gewährt werden.

Alle Investitionsanreize stellen lt. Gesetz eine Form der öffentlichen Förderung dar, weshalb sich deren Gewährung und Höhe inzwischen nach den gültigen EU-Regelungen richtet. Auf der Grundlage dieser Regelungen wurde eine regionale Karte der öffentlichen Förderung erarbeitet, die das maximale Ausmaß der öffentlichen Förderung (50%) in den einzelnen Regionen (NUTS II) festlegt. Wichtiges Kriterium für die Einteilung des Landes in verschiedene Förderregionen ist die jeweilige Höhe der Arbeitslosenquote.

Vergleich der Förderung in Brandenburg und MOE

Da die Investitionsförderung in Polen und Tschechien auch weiterhin überwiegend über Steuervergünstigungen erfolgt, kann sie nur im Fall direkt nach der Investition erwirtschafteter Gewinne voll genutzt werden. Fallen die Gewinne in den ersten Jahren niedrig aus, verringert sich die Investitionsförderung (ifo 2002, S. 83ff.).

In Brandenburg und Ost-Deutschland wird die Investition dagegen über die GA-Förderung direkt gefördert. Hier werden für Investitionen nicht rückzahlbare Investitionszuschüsse gewährt. Dadurch verfügt das ostdeutsche Förderinstrumentarium für die investierenden Unternehmen über eine deutlich höhere betriebswirtschaftliche Wirksamkeit (ifo 2002, S. 83 ff., 180).

Die wichtigsten Fördermöglichkeiten (Programme) in Brandenburg

GA-Förderung der gewerblichen Wirtschaft

Die GA-Förderung bietet Zuschüsse zur Schaffung und Sicherung wettbewerbsfähiger und qualifizierter Dauerarbeitsplätze. Gefördert werden u.a. Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes, der Industrie, der Medienbranche sowie Dienstleistungsunternehmen.

Abhängig vom Fördergebiet können bis zu 20 Prozent Zuschüsse zu Sachmitteln oder Personalkosten gewährt werden. Bei Erfüllung von Struktureffekten sind je nach Fördergebiet bis zu 28 Prozent / 35 Prozent Förderung möglich. Für kleine und mittlere Unternehmen (nach KMU-Definition der EU) sind zusätzlich 15 Prozent zum Regelfördersatz möglich (Arbeitsmarktregion / Umland Berlin: 10 Prozent).

Investitionszulage (IZ)

Die IZ bietet einen besonderen Reiz bei Investitionen in den Brandenburger Regionen. Unter anderem Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes und produktionsnahe Dienstleister können nach der IZ eine steuerfreie Investitionsförderung erhalten. Der Vorteil: Bei Erfüllung der gesetzlichen Voraussetzungen besteht ein Rechtsanspruch auf die IZ.

Die Höhe der IZ ist abhängig von verschiedenen Investitionsfaktoren. Sie beträgt für Erstinvestitionen im Normalfall 12,5 Prozent und kann auf bis zu 27,5 Prozent steigen. Gefördert werden sogar Ersatzinvestitionen mit 5 Prozent. Das bisherige IZ-Gesetz läuft bis zum 31.12.2004. Der Bundesrat hat am 12.03.2004 das Nachfolgegesetz mit Laufzeit bis 2006 beschlossen. Die Fördersätze des alten Investitionszulagengesetzes wurden beibehalten, die Förderung wird allerdings nur noch für Erstinvestitionen gelten.

Förderung von Produkt- und Verfahrensinnovationen sowie der Informations- und Kommunikationsforschung (IuK)

Das Programm unterstützt kleine und mittlere Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft bis zu max. 200 000 Euro bei Entwicklungs- und Innovationsvorhaben zur Anwendung moderner innovativer Produktionsverfahren bzw. zur Produktentwicklung und –weiterentwicklung sowie zur Entwicklung und Anwendung moderner innovativer IuK-Technologien. Geplant ist eine Ausdehnung des Programms auf Unternehmen, die nicht den Kriterien eines KMU entsprechen.

Innovationsassistent und Wissenstransfer für KMU

Das Programm bietet Zuschüsse zur Erhöhung der Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit brandenburgischer kleiner und mittlerer gewerblicher Unternehmen (KMU) durch die Beschäftigung von Hoch- und Fachhochschulabsolventen als Fachkräfte (Innovationsassistenten) – max. 30 000 Euro je Absolvent - und Maßnahmen des Wissenstransfers (Beratung und Schulung).

Markterschließung

Kleine und mittlere Unternehmen werden über dieses Programm bei der Markterschließung und Absatzförderung von Produkten und Dienstleistungen sowie bei der Vernetzung der Unternehmen gefördert. Das Programm wird derzeit überarbeitet.

Gründungs- und Wachstumsfinanzierung

Mit Hilfe dieses seit März 2003 gültigen Programmes können Gründungs- und Folgeinvestitionen zur Festigung eines Unternehmens innerhalb der ersten 8 Jahre nach Gründung finanziert werden.

Aktuelle detaillierte Informationen über die Förderprogramme im Land Brandenburg bietet die ZAB ZukunftsAgentur Brandenburg im Internet unter:

www.zab-brandenburg.de/foerderung_index.html

9. Sicherheit und Geschwindigkeit in Entscheidungsverfahren

Verlässlichkeit und Geschwindigkeit in Verwaltungsabläufen und Entscheidungsverfahren sind Voraussetzungen für erfolgreiche Investition. Bei Verlagerungen ist es deshalb wichtig, inwieweit diese Voraussetzungen gesichert sind.

Verschiedene Befragungen von Investoren in MOE und in Ost-Deutschland aus 2001 und 2003 ermöglichen eine Einschätzung dieser Standortfaktoren im Ländervergleich (ifo 2002, S. 107 ff.; Ifo 2004; S. 22). In diesen Kategorien erhielt Ostdeutschland deutlich bessere Bewertungen:

Verwaltungsreaktion auf betriebliche Anliegen

Besonders positiv werden in Ost-Deutschland die Zentralregierungen bewertet, mit geringem Abstand gefolgt von den Kommunalbehörden sowie von den Zoll- und Steuerbehörden (ifo 2002, S. 135).

Einhaltung behördlicher Zusagen

Bei der Einhaltung von behördlichen Zusagen schneiden die ostdeutschen Verwaltungen ebenfalls gut ab (ifo 2002, S. 136).

Einhaltung von Förderzusagen

Zu den wichtigsten Sicherheiten für ein investierendes Unternehmen zählt die Einhaltung von Förderzusagen. Hier erreicht Ost-Deutschland wie in der generellen Frage nach der Einhaltung von Zusagen eine gute Bewertung (ifo 2002, S. 142).

Bearbeitungszeiten

Darüber hinaus wurden auch die Bearbeitungszeiten in den Verwaltungen bewertet. Sowohl bei Baugenehmigungen als auch bei den Fristen für Förderzusagen weist Ost-Deutschland kurze Bearbeitungszeiten auf (ifo 2002, S. 137).

Brandenburg garantiert eine schnelle Bearbeitung von Anträgen. Für Baugenehmigungen und Förderanträge gilt eine Bearbeitungszeit

- im Normalfall von 2 Monaten,
- in Ausnahmefällen von 6 Monaten.

Die „One-Stop-Agency“ in Brandenburg für Investoren

Brandenburg ist seit 2001 das erste deutsche Bundesland, das zur Förderung und Begleitung von Investitionsvorhaben eine „one-stop-agency“ eingerichtet hat, die ZAB ZukunftsAgentur Brandenburg GmbH.

Die ZAB betreut und unterstützt Investitionsvorhaben in allen Phasen – von der Erstinformation über Standortsuche, Fachkräfteanalyse, und Fördermittelberatung bis zur Begleitung der behördlichen Genehmigungsverfahren. Das Besondere an der ZAB: Sie bietet Investoren alle Leistungen aus einer Hand.

Mit sechs ServiceCentern ist die ZAB in allen Regionen des Landes präsent.

Auch nach erfolgter Investition bleibt die ZAB Partner der im Land tätigen Unternehmen. Sie begleitet Erweiterungsinvestitionen, unterstützt Technologie- und Innovationsvorhaben, hilft bei der Markterschließung und bietet Energieberatung.

Die ZAB arbeitet eng mit den politischen und administrativen Stellen des Landes Brandenburg – z.B. Ministerien, Landesbehörden, Landkreisen, Städten, Kommunen - zusammen. Partner der ZAB sind die ILB InvestitionsBank des Landes Brandenburg als Förderbank und die BC Brandenburg Capital GmbH mit ihren SC / KBB Venture Fonds.

Mehr Informationen über die ZAB im Internet unter:

www.zab-brandenburg.de.

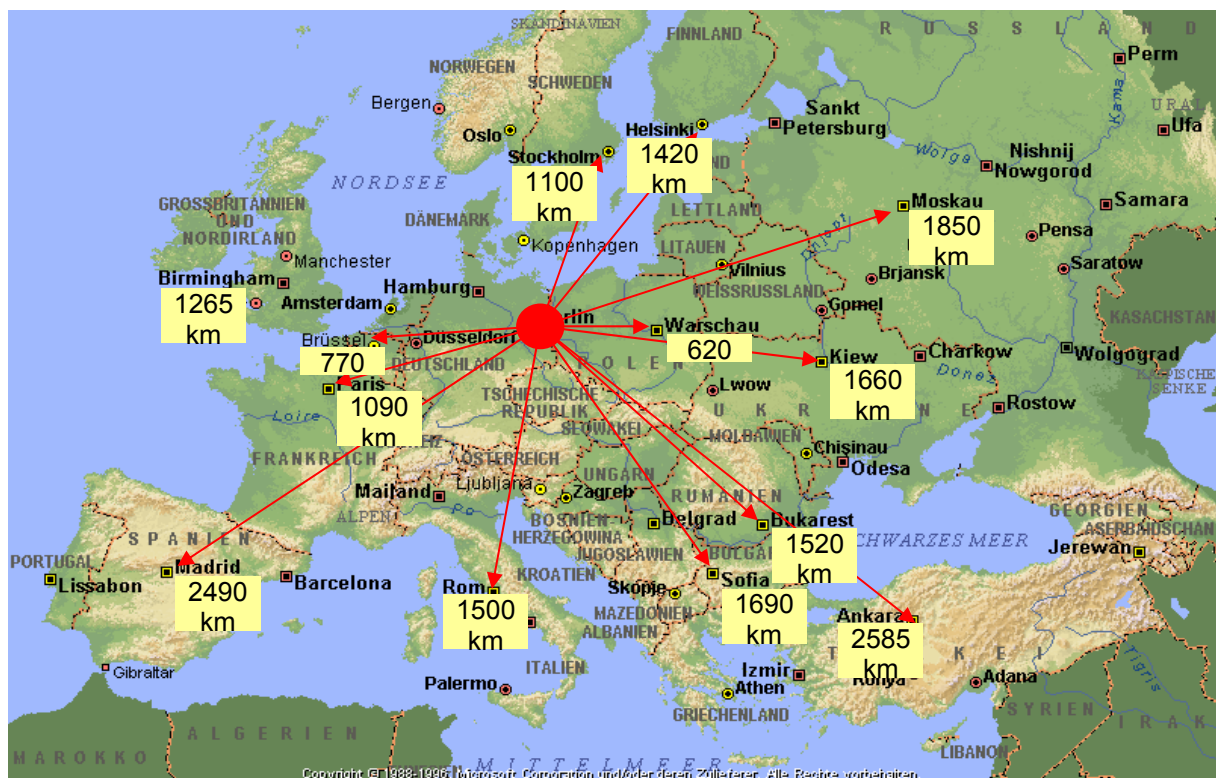
10. Absatzmarkt und Lebensqualität

Eine Produktionsverlagerung ist neben der angestrebten Kostenreduzierung auch eine Entscheidung mit Blick auf Absatzmärkte. Eine geostrategisch zentrale Lage und eine gute Anbindung des Investitionsstandortes sind Voraussetzung für den langfristigen Erfolg des Investitionsvorhabens. Ebenso wichtig ist das vom Standort aus erreichbare Marktpotenzial.

Attraktiver Markt in zentraler Lage in Europa

Brandenburg ist Deutschlands Hauptstadtregion – direkt am Entscheidungs-zentrum Berlin. Die Region Berlin-Brandenburg ist mit rund 6 Millionen Einwohnern ein attraktiver Markt.

Hinzu kommt Brandenburgs zentrale Lage in Europa. In einer LKW-Tagesfahrt erreichen Lieferungen aus Berlin-Brandenburg 200 Millionen Konsumenten. Besonders interessant: Brandenburg hat mit 252 km die längste Grenze in Westeuropa zu den emerging markets des EU-Beitrittskandidaten Polen.



Hohe Lebensqualität

Standortentscheidungen sind immer auch Lebensumfeldentscheidungen – für die Mitarbeiter des Unternehmens und für neu rekrutierte Fachkräfte. Nicht nur das Arbeits-, auch das Lebensumfeld muss deshalb stimmen. Besonders, wenn mitziehende und neu angestellte Mitarbeiter längerfristig am Standort verbleiben und mit ihren Familien im Umfeld leben.

In Brandenburg lässt es sich nicht nur gut arbeiten, sondern auch ausgezeichnet leben. Hier fühlt man sich schnell zu Hause. Von der traumhaften Landschaft des binnenwasserreichsten Bundeslandes mit 3.000 Seen und weiten Wäldern ließ sich schon Theodor Fontane inspirieren.

Brandenburg bietet Wohnen im Grünen und das pulsierende Leben der Metropole Berlin sprichwörtlich vor der Haustür. Über das gut ausgebaute Verkehrsnetz ist die Metropole schnell zu erreichen. Der größte Verkehrsverbund Deutschlands stellt hierbei optimale Mobilität sicher.

In Brandenburg gibt es eine Fülle von möglichen Freizeitaktivitäten. Mit 2.000 km Radwanderwegen und 2.000 km Wanderwegen, 22 Golfplätzen, über 100 Reiterhöfen, vielen Tennisclubs, 11 Erlebnisbädern, der längsten Inline-Skaterbahn Europas und der größten zusammenhängenden Wasserlandschaft in Europa, mit Wasserstraßen auch zum Bootswandern (z.T. auch ohne amtlichen Bootsführerschein möglich), bietet Brandenburg alle Voraussetzungen für eine aktive Freizeitgestaltung.

Das Potsdamer Weltkulturerbe mit dem Schloss Sanssouci sowie in Brandenburg insgesamt mehr als 500 weitere Schlösser, Parks und Kirchen eröffnen ein breites Kulturerlebnis. Hinzu kommen in der Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg 3 Opernhäuser, 130 Theater und 220 Museen, weltbekannte Symphonieorchester und eine deutschlandweit einmalige Club-Szene.

Außerdem finden in Brandenburg bekannte Open-Air-Veranstaltungen statt wie z.B. die Brandenburgischen Sommerkonzerte, der Choriner Musiksommer oder die Kammeroper Schloss Rheinsberg.

Ausführliche Informationen zu Freizeit, Sport und Erholung in Brandenburg finden Sie im Internet unter:

www.reiseland-brandenburg.de.

Die Lebensqualität Brandenburgs zieht immer mehr Menschen in die Region. Eine Untersuchung des Magazins Focus über die 440 deutschen Landkreise und kreisfreien Städte zeigt, dass Brandenburg in der Attraktivität für die Menschen ganz oben in Deutschland steht: Brandenburger Landkreise belegen deutschlandweit 7 der 10 Spitzenplätze in der Zuwanderung* (Focus Money 29/2002; Analyse basierend auf Daten des Statistischen Bundesamtes und der Statistischen Landesämter).

Ausländischen Investoren bietet die Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg ein sehr gutes Bildungsumfeld mit 8 internationalen Schulen (darunter eine japanische Schule) und international ausgerichteten Studiengängen.

* (Veränderung in Prozent zum Vorjahr)

V. Zusammenfassung

Ergebnisse des Vergleichs der Investitionsfaktoren

1. Gegenüber West-Deutschland, Westeuropa und MOE verfügt Brandenburg über Arbeitnehmer mit überdurchschnittlicher **Qualifikation** und mit tatsächlicher Verfügbarkeit.
2. Brandenburg hat deutlich längere **Arbeitszeiten** als West-Deutschland und viele westeuropäische Staaten.
3. **Arbeitskosten** sind in Westeuropa zwar günstiger als in West-Deutschland, noch günstiger sind sie allerdings in Brandenburg. Der vermeintlich hohe Kostenvorsprung der MOE-Staaten reduziert sich deutlich bei genauer Betrachtung der realen Lohnkosten in MOE.
4. In der **Produktivität** bietet Brandenburg interessante Vorteile für neue Unternehmen; sie ist seit Jahren höher als in allen anderen neuen Bundesländern.
5. Bei den **Kommunalsteuern** weist Brandenburg die unternehmerfreundlichste Besteuerung in ganz Deutschland auf.
6. **Büromieten** und **Grundstückskosten** sind in Brandenburg deutlich günstiger als in den westlichen Bundesländern und den MOE-Staaten.
7. Brandenburg verfügt über eine moderne **Verkehrs- und Telekommunikationsinfrastruktur** und zusammen mit Berlin über die höchste **Forschungsdichte** in Deutschland.
8. Als Ziel-1-Gebiet der EU bietet Brandenburg die besten **Förderbedingungen** für Investitionen Europas.
9. **Entscheidungsverfahren** laufen in Brandenburg schnell und sicher.
10. Deutschlands Hauptstadtregion Berlin ist ein interessanter **Absatzmarkt** mit großem Einzugsgebiet. Eine hohe **Lebensqualität** macht Brandenburg für Mitarbeiter angesiedelter Firmen besonders attraktiv.

Resümee

Brandenburg bietet für nationale und internationale Investoren einen besonders attraktiven Standort.

Eine Verlagerung ins Ausland – gerade im wissens- und kapitalintensiven Bereich – ist für deutsche Unternehmen nicht die einzige Möglichkeit, Kostenstrukturen zu straffen.

Brandenburg bietet insbesondere für höherwertige Investitionen eine attraktive innerdeutsche Alternative.

Es lohnt sich, Brandenburg im Vergleich zu prüfen.

Herausgeber:

ZAB ZukunftsAgentur Brandenburg GmbH
Steinstrasse 104 - 106
14480 Potsdam

www.invest-in-brandenburg.com

Autoren:

Dr. Steffen Kammradt

Tel. +49 (331) 866-1509

E-Mail: steffen.kammradt@zab-brandenburg.de

Dr. Jürgen Pitlinski

Tel. +49 (331) 660-3140

E-Mail: juergen.pitlinski@zab-brandenburg.de

VI. Quellenverzeichnis

1. Fraunhofer Institut Systemtechnik und Innovationsforschung (Fraunhofer ISI), Automobilzulieferer in der Klemme, März 2004
2. Fraunhofer Institut Systemtechnik und Innovationsforschung, Auslandsproduktion – Chance oder Risiko für den Produktionsstandort Deutschland, 2002
3. Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK), Produktionsverlagerung als Element der Globalisierungsstrategie von Unternehmen, Mai 2003
4. Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA), Auslandsproduktion und Produktionsverlagerung des deutschen Maschinen- und Anlagenbaus, April 2003
5. Verband der Automobilindustrie (VDA), Zukunft des Automobil-Standortes Deutschland, 2002
6. Fortschrittsbericht wirtschaftswissenschaftlicher Institute über die wirtschaftliche Entwicklung in Ost-Deutschland 2002 (im Auftrag des Bundesministeriums der Finanzen)
7. Zweiter Fortschrittsbericht wirtschaftswissenschaftlicher Institute über die wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland (Forschungsauftrag des Bundesministeriums der Finanzen), Nov. 2003
8. Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2003; Sept. 2003
9. Auswirkungen der EU-Osterweiterung auf Wirtschaft und Arbeitsmarkt in Sachsen; ifo dresden studien 35; Jan. 2004
10. Dritter Kohäsionsbericht Februar 2004; EU Kommission
11. Cap Gemini / Ernst & Young: Die Unternehmerfreundlichkeit der Bundesländer im Vergleich, 2002
12. Die Bundesländer im Vergleich, Institut der deutschen Wirtschaft Köln, 2003
13. Die Bundesländer im Standortwettbewerb, Bertelsmann Stiftung, 2003

14. Investieren in Mittel- und Osteuropa; Ernst & Young, Sept. 2003
15. Company Taxes in the New EU Member States, Ernst & Young, 2003
16. European competitiveness report 2003, European Commission 2003
17. Basar-Ökonomie; Ifo Standpunkt Nr. 59; Jan. 2004
18. Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche (WIIW), Transition Countries Face Up to Global Stagnation: Is it Catching?, Februar 2002
19. Europäische Kommission, Regelmäßiger Bericht 2002 über die Fortschritte Polens auf dem Weg zum Beitritt, Oktober 2002
20. Europäische Kommission, Regelmäßiger Bericht 2002 über die Fortschritte Tschechiens auf dem Weg zum Beitritt; Oktober 2002
21. Umfassender Monitoring Bericht über die Vorbereitung Polens auf die Mitgliedschaft, EU-Kommission, Nov. 2003
22. Umfassender Monitoring Bericht über die Vorbereitung Tschechiens auf die Mitgliedschaft, EU-Kommission, Nov 2003
23. OECD, Education at a Glance, 2002
24. Bundesministerium der Finanzen (BMF), Die wichtigsten Steuern im internationalen Vergleich, 2002
25. Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), Faktenbericht Forschung 2002
26. Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit (BMWA), Förderdatenbank, 2003
27. iw-trends (Institut der deutschen Wirtschaft), Industrielle Arbeitskosten im internationalen Vergleich, August 2003
28. iw-trends, Produktivität und Lohnstückkosten im internationalen Vergleich, September 2002
29. iwd (Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft), Nr. 15, 10. April 2003
30. iwd Nr. 34, 21. August 2003
31. iwd Nr. 23, 5. Juni 2003

32. ifo Institut für Wirtschaftsforschung, Standortbedingungen in Polen, Tschechien ..., Juni 2002
33. VDM Verband Deutscher Makler, Gewerbepreisspiegel 2002
34. European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions, 2002
35. Gazeta Wyborcza, 30.12.2002
36. Focus Money 29/2002
37. Landkreistest; Focus Money 52/1 2003/04
38. NewsLetter Rödl & Partner 11/2002
39. TWG Deutsch-Polnische Wirtschaftsförderungsgesellschaft, 2003
40. IMOIE Informationsagentur Mittel- und Osteuropa, 2002
41. Deutsch-Tschechische Industrie- und Handelskammer 2002
42. Kienbaum Consultants International GmbH, 2002
43. BfAI Bundesagentur für Außenwirtschaft 2002
44. Statistisches Bundesamt 2003
45. Statistisches Jahrbuch für Deutschland 2003
46. Statistisches Jahrbuch Brandenburg 2003